

## Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 60 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg zum Thema:

### **Extremwetterlagen - Klimaschutz und Klimaanpassung in Brandenburg verantwortungsvoll gestalten**

#### Begründung:

Die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass Extremwetterereignisse bereits heute auch in Deutschland dramatische und bisher nicht gekannte Folgen haben: Tote und Verletzte, zerstörte Häuser, gravierende Schäden der Infrastruktur und massive Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft. Die verheerende Flutkatastrophe in Westdeutschland hat Erinnerungen an das Oderhochwasser 1997 in Brandenburg und das Elbehochwasser von 2002 in Sachsen geweckt. Die Klimakrise ist vor unserer Haustür angekommen. In Brandenburg zeigen das die vergangenen Dürrejahre. Wir müssen die Klimakrise bekämpfen und uns als Gesellschaft für die klimawandelbedingten Extremwetterereignisse wappnen.

Der Weltklimarat warnt in seinem neuen Bericht davor, dass Extremwetterereignisse künftig deutschlandweit wie weltweit zunehmen werden und dies auch bei einer Begrenzung der Erwärmung auf 1,5°C nicht aufzuhalten ist. Schlimme Hitzewellen und verheerende Waldbrände, unter denen Brandenburg bereits in den letzten Jahren zu leiden hatte, werden neben Starkregenereignissen zukünftig häufiger auftreten. Die konsequente Reduzierung von Treibhausgasemissionen kann klimawandelbedingte Folgen aber auf ein handhabbares Maß begrenzen. Vor diesem Hintergrund ist eine verantwortungsvolle und verbindliche Klimaschutz- und Klimaanpassungspolitik in Brandenburg dringend nötig, um zukünftige Risiken abzumildern, Vorsorge zu betreiben und letztendlich Menschenleben und die Umwelt zu schützen.

In den vergangenen Monaten wurden auf verschiedenen politischen Ebenen Klimaschutzziele nachgeschärft. Auf europäischer Ebene erfolgte mit dem Grünen Deal die Festlegung des europäischen Klimaziels auf minus 55% Treibhausgasemissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990. Das Bundesverfassungsgericht hat im April 2021 ambitioniertere Klimaschutzziele, die auf eine Klimaneutralität bis 2045 abzielen, beschlossen. Als Reaktion wurde auf nationaler Ebene das Bundes-Klimaschutzgesetz angepasst. Das Klimaurteil ist ein wegweisender Schritt für die Klimaschutzpolitik, denn es legt Klimaschutz als ein Grundrecht fest und bestätigt, dass der bisherige Kurs im Kampf gegen die Klimakrise nicht ausreicht. In den nächsten Monaten stehen wichtige politische Entscheidungen an, die den Erfolg einer ambitionierten Klimaschutz- und Klimaanpassungspolitik in Brandenburg positiv beeinflussen werden.

Im Rahmen der Aktuellen Stunde und mit Blick auf den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisstand soll der Landtag die Ausrichtung einer ambitionierten Klimaschutz- und Klimaanpassungspolitik unter Berücksichtigung der Brandenburgischen Herausforderungen und Potenziale in den Blick nehmen.